
GEGEN DIE VERFOLGUNG
DES KURDISCHEN WIDERSTANDES
HIER UND ÜBERALL!
FREIHEIT FÜR DIE
KURDISCHEN JUGENDLICHEN!
FREIHEIT FÜR KURDISTAN!
network
www.political-prisoners.net

Aus dem Buch: Zeugen nicht erwünscht:

Eine Mutter klagt an:

Was, bei Eiuch gibt es Menschenrechte? Bei uns haben die Tiere mehr Rechte als die Menschen.
Es gibt sie einfach nicht. Mir ist schon so viel passiert, ich habe keine Angst mehr und erzähle einfach alles. Hier ist es egal, ob du lebst oder stirbst. Ich hatte einen Sohn, der an der Universität in Ankara Medizin studierte. Und danach ist er zur Guerilla gegangen, doort iist er gefallen. Daraufhin ging auch meine Tochter zur Guerilla. Sie gehörte zu den 13 Kindern, die nach Syrien zur Guerilla wollten und dort wegen ihres Alters zurückgeschickt und an der Grenze von Dorfschützern verhaftet wurden. Dann wurden sie dem Staat übergeben und alle wurden einfach getötet.

Schreibt bitte alles auf, wir haben keine Angst mehr vor dem Tod. Mit Waffen wollen sie die Menschenrechte herstellen, das Leben beschützen? Gott? Es sind doch Menschen, die andere Menschen ermorden. Sie sind doch die Schicksalswächter und nicht Gott.

Berichtet davon in Deutschland und über unsere Schwierigkeiten, das alles zu erzählen. Kohl sagt, es würden hier keine deutschen Waffen eingesetzt. Unsere Kinder wurden ermordet, sie lassen sie verbluten. Was hat das mit Menschenrechten zu tun? Sie schlitzen schwangeren Frauen die Bäuche auf, deshalb wollen wir keine Kinder mehr bekommen. Von weitem sehen die Probleme klein aus, aber sie sind groß. Sie bringen die Menschen, von den Kleinkindern bis zu den Greisen, einfach um.
Das einzige was wir wollen, ist, dass kein Blut mehr fließt.

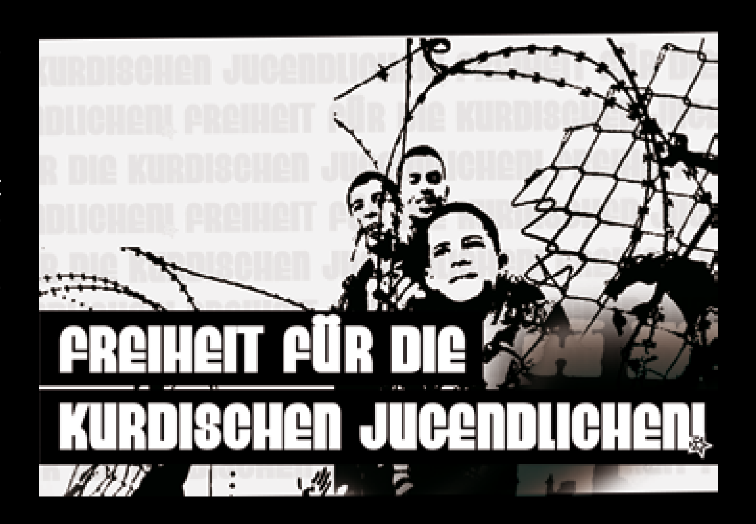
Sie können das nicht mit ihren eignen Waffen, deshalb holen sie die ausländischen Waffen. Deshalb kämpfen wir eigentlich gegen die ganze Welt. Allein sind sie nicht so stark. Wir wollen in Frieden leben. Wir müssen uns aber zur Wehr setzen, deshalb wollen die Jungen Leute zur Guerilla. Der Staat müsste der Vater des Volkes sein, das ist er aber nicht. Sie verfolgen uns wie Ungläubige, wie die armenier, nicht wie Menschen, nur weil wir eine andere Sprache sprechen. Sie behandeln uns wie Ungläubige. Sie wollen mit uns das gleiche machen, was sie mit den Armeniern gemacht haben. (...)

Unsere Befreiung ist von der nationalen Bewegung nicht zu trennen und auch nicht vom Sozialismus. Wir wissen, was das Geld hier anrichtet, sie morden doch nur für dieses schmutzige Geld.

Ihr müsst dafür sorgen, daß keine Waffen mehr geliefert werden. Wir wollen hier keine Armee mehr. Wir wollen nicht mehr als Terroristen beschimpft werden. Das Ausland soll die Türkei nicht mehr unterstützen. Helft uns dabei. Wir wollen ein Recht auf das leben, und wir wissen auf welcher Seite das Unrecht steht.
Es hat mit niemand befohlen, euch das zu erzählen. Ich habe erzählt, was ich gesehen habe.

Unser Kampf ist eine Freiheitsbewegung des gesamten kurdischen Volkes. (...)

Die Menschen sind schuldig, wenn sie schweigen.



Der Prozess gegen die kurdischen Jugendlichen beginnt am 17. Januar vor dem Landgericht in Stuttgart. Zeigt euch solidarisch und kommt zum Prozess.

Montag, 17. Januar 2011 | 9.15 Uhr
Landgericht Stuttgart | Urbanstr. 20

Weitere Infos folgen auf:
www.political-prisoners.net

Spendet für die Prozesskosten und unterstützt die Soliarbeit zu den kurdischen Jugendlichen:

Rote Hilfe Stuttgart
Konto Nr: 4007238313
BLZ: 43060968
Stichwort: kurdische Jugendliche



Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!

In den letzten Monaten wurden in Stuttgart & Region zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt und bis heute 18 Jugendliche festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen an einem Angriff auf eine Kneipe in Nürtingen beteiligt gewesen zu sein, die regelmäßig von türkischen Faschisten besucht wurde. Dabei wurden 4 Faschisten verletzt. Die Kneipe ist jetzt geschlossen.

Die Jugendlichen wurden mit Hilfe des Vorwurfs des versuchten Mordes verhaftet und befinden sich nun in verschiedenen Knästen - über ganz Baden-Württemberg verteilt.



Gegen eine Person läuft ein Verfahren nach §129 (Mitgliedschaft / Unterstützung einer kriminellen Vereinigung).

2 Personen haben bei der Polizei Aussagen gemacht.

Die ersten Verhaftungen in diesem Zusammenhang fanden bereits Ende Mai, keine zwei Wochen nach dem Angriff auf die Kneipe in Nürtingen statt.
In unregelmäßigen Abständen kam es zu immer weiteren Verhaftungen.
Ihren Höhepunkt fand die Repressionswelle am 7. Juli. Im Großraum Stuttgart wurden beinahe zeitgleich Hausdurchsuchungen durchgeführt und 8 Personen festgenommen.
Danach fanden vereinzelt weitere Verhaftungen statt.

Neben den Verhaftungen fanden auch zahlreiche Schikanen statt: eine Person wurde 33 Tage lang eingesperrt bis die Repressionsbehörden herausfanden, dass es sich um eine Namensverwechslung gehandelt habe, Personen wurden kurzfristig verhaftet und mussten wieder freigelassen werden, weil nichts gegen sie vorlag. Familien, Freunde und Bekannte wurden von Polizeibehörden am Telefon und vor Ort belästigt und unter Druck gesetzt.

Für die Untersuchung der Vorfälle in Nürtingen hat sich ein Sonderermittlungsteam namens „Musiknacht“ gegründet, das aus 18 Staatsschützern besteht, die nun im breiten Umfang gegen kurdische Jugendliche in Stuttgart & Region ermitteln. Die Ermittlungsgruppe „Musiknacht“ spricht von 30-50 Menschen, die an der Aktion beteiligt gewesen sein sollen, was es den Behörden ermöglicht im großen Rahmen gegen die kurdische Linke vorzugehen.

Es stellt sich die Frage ob der Angriff gegen türkische Faschisten in Nürtingen den Repressionsorganen nicht eher nur als ein Anlass dient um die seit langem im Fadenkreuz des Staates stehende kurdische Szene in Stuttgart auszuleuchten und durch das Wegsperren von AktivistInnen zu zersetzen und zu schwächen.

Die aktuelle Repression und der für Anfang nächsten Jahres anstehende Mammutprozess steht im Zusammenhang mit der hohen Aktivität der kurdischen Linken in Stuttgart, die hier seit Jahren ein hohes Maß an politischer Mobilisierung aufbietet und somit den Staatsschützern seit langem ein Dorn im Auge sind. Der Angriff richtet sich nicht nur gegen die inhaftierten kurdischen Jugendlichen sondern allgemein gegen die aktive kurdische Linke in Stuttgart.

Belege dafür wären unter anderem ein Polizeispitzel der seit 5 Jahren in Stuttgart eingesetzt sein soll, sowie die vor dem kurdischen Verein angebrachte Kamera, die bereits vor der antifaschistischen Aktion in Nürtingen monatelang alle Personen die im Verein ein- und ausgingen filmte.

Dieser Repressionsschlag reiht sich ein in eine lange Liste der Verfolgung der kurdischen Linken in Deutschland.



Es gilt die kurdische Linke zu unterstützen und klar zu machen dass der Kampf gegen den Faschismus, und für Befreiung kein Terrorismus sondern notwendig und richtig ist.

Gegen die Kriminalisierung von RevolutionärInnen und AntifaschistInnen aus der Türkei und Kurdistan!
Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!





— Geschichte des kurdischen Konflikts —



Die folgenden Texte können natürlich nicht das Recht auf Vollständigkeit für sich beanspruchen. Das war auch nicht die Intention dieser Broschüre. Vielmehr möchten wir mit dieser Broschüre versuchen einen Rahmen herzustellen, der es uns ermöglicht die Verfolgung der kurdischen Jugendlichen in Stuttgart & Region und die damit verbundene politische Tragweite besser begreifen zu können. Ausserdem möchten wir mit dieser Veröffentlichung versuchen Argumentationsstränge zu liefern, um sie all denjenigen entgegenzuhalten die noch immer glauben dass es kein Kurdistan gibt, dass der kurdische Befreiungskampf ein Kampf von Terroristen sei.
Dafür möchten wir versuchen einen kurzen Überblick zu geben

- über die Geschichte des kurdischen Konflikts
- über den Charakter der türkischen Republik und die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung
- über die Entwicklung der revolutionären Linken in der Türkei & die Entstehung der PKK
- über die direkte militärische und politische Einwirkung der imperialistischen Staaten USA und Deutschland in die Türkei
- über die aktuelle Situation in Kurdistan
- über die kapitalistischen Interessen Deutschlands in der Türkei und Kurdistan
- über die Verstrickungen von türkischen Faschisten und deutschen Parteien
- über die Mittäterschaft Deutschlands an der Ermordung von Kurdinnen und Kurden
- und über die politische Verfolgung von KurdInnen und Kurden in Deutschland.

Die Geschichte der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung ist eine über 400 jährige Geschichte von Unterdrückung, Krieg und blutiger Repression und dem unstillbaren und entschlossenen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung der kurdischen Bevölkerung.

KurdInnen und Kurden sind mit einer rund 5000 jährigen Geschichte eine der ältesten Bevölkerungsgruppen auf der Welt, und bis heute mit über 40 Millionen Menschen die größte ethnische Gruppe ohne eigenen Staat. In der Türkei stellen sie mit schätzungsweise 20 % der türkischen Gesamtbevölkerung neben Griechen und Armeniern die größte ethnische Minderheit dar. Dennoch wird die kurdische Identität bis heute von der türkischen Regierung nicht anerkannt.

Seit dem 16. Jahrhundert wurden KurdInnen und Kurden immer wieder zum Spielball von verschiedenen Herrschenden. Zunächst unter den Safawiden und später unter den osmanischen Herrschern. Das erste mal geteilt wird Kurdistan bereits 1639 durch einen Vertrag zwischen Persien und dem Osmanischen Reich. Dennoch blieb die autonome Struktur der damaligen kurdischen Fürstentümer bis 1800 weiter erhalten. Ab 1830 begann das Osmanische Reich, das zu dieser Zeit wirtschaftlich immer stärker hinter das industrialisierende Europa zurück fiel, die Autonomie der rohstoffreichen kurdischen Gebiete anzugreifen. Die kurdische Bevölkerung antwortete mit zahlreichen Aufständen die jedoch allesamt blutig niedergeschlagen wurden. Nach und nach wurden so die KurdInnen durch andauernde militärische Angriffe ihren autonomen Gebieten beraubt, ihre Dörfer niedergebrannt und die Überlebenden deportiert.
Zu dieser Zeit wurde dann erstmals die Forderung nach einem eigenen kurdischen Staat laut. 1897 gründet sich das erste kurdische Nationalkomitee, die erste Zeitung „Kurdistan" erschien, die die Idee der kurdischen Nationalen Befreiung erstmals verbreitete.
Es kam zu Aufständen gegen die Zentralregierung und der Errichtung von Selbstverwaltungsräten in den kurdischen Gebieten des Iran.
Die als jungtürkische Revolution 1908 in die Geschichte eingegangene Proklamation einer Verfassung die für alle Nationalitäten des osmanischen Reichs Gleichheit verkündete, stellte sich als Lüge und Beginn blutigster Er-



eignisse in der kurdischen und vor allem armenischen Geschichte heraus.
Die Jungtürken versprachen den Kurden den Rückerhalt ihrer Gebiete, und sie beteiligten sich als Soldaten der osmanischen Armee an der Deportation von Millionen von Armeniern. Dieser Völkermord an den Armeniern wird bis heute von der türkischen Regierung geleugnet.
1916 nach dem Beschluss der Aufteilung des Osmanischen Reiches und Kurdistans durch ein Geheimabkommen der Alliierten (Sykes-Picot-Abkommen) begann dann die Deportation von 700.000 bis 1.000.000 Kurden nach Westanatolien.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde das Land durch die imperialistischen Siegermächte aufgeteilt. Darufhin wurde den Kurden im Diktatsfrieden von Sevres das Recht auf Selbstbestimmung zugebilligt.
Doch angesichts der Besetzung und Teilung des Landes organisierte Mustafa Kemal, später Atatürk genannt, gemeinsam mit den, nach der Oktoberrevolution auch in der Türkei entstandenen, kommunistischen Parteien und mit Unterstützung der Sowjetunion den Befreiungskrieg gegen die imperialistischen Okkupanten. Durch geschicktes Taktieren sicherte sich Mustafa Kemal auch die Unterstützung der kurdischen Stammesführer und Scheichs zu.
Doch je näher das Ziel der Vertreibung der imperialistischen Mächte rückte, desto mehr versuchten Atatürk und die Kemalisten mit Hilfe der neu entstehenden Bourgeoisie und der Landbesitzer die kurdischen Führer auszuschalten und die sozialistischen Organisationen zu zerschlagen. Darufhin verloren die Kurden 1923 im neu ausgehandelten Vertrag von Lausanne endgültig ihr Selbstbestimmmungsrecht. Die Autonomiezugeständnisse an die Kurden fielen damit weg.

Am 29. Oktober 1923 wurde die türkische Republik ausgerufen. In den folgenden Jahren wurden von den Kemalisten ganze Rechtssysteme aus den europäischen Ländern übernommen um die Türkei den westlichen Industrienationen anzupassen. Das Strafrecht der Türkei wurde aus dem faschistischen Italien übernommen. Der durch die Kemalisten propagierte türkische Nationalismus hatte nicht nur durch die Übernahme des Strafrechts aus Italien Parallelen zur faschistischen Ideologie. Auf persönliche Anordnung Atatürks wurden „wissenschaftliche" Untersuchungen über die türkische Rasse durchgeführt. Während des deutschen Faschismus wurden Instrumente zum Ausmessen von menschlichen Schädeln aus Deutschland importiert. Es wurden „typische Merkmale der Türken" wie Augenfarbe, Schädelform und Blutgruppe entwickelt. Es wurden Thesen der „Türkischen Geschichtstheorie" und „Sonnen-Sprach-Theorie" aufgestellt, nach denen alle Völker und Sprachen von den Türken bzw. vom türkischen abstammen. Jahrzehntelang wurden diese Theorien in der Geschichtsschreibung und Kulturforschung vertreten und in den Schulen gelehrt. In der türkischen Nationalhymne wird bis heute von „meiner siegreichen Rasse" gesungen. Die türkische Republik wurde so auf einer rassistischen Ideologie gegründet die bis heute Substanz hat.

Die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung durch die Kemalisten

Ab 1923 begann für die kurdische Bevölkerung somit erneut eine Zeit der Vertreibung und der Repression. Die Kemalisten betrieben eine Assimilierungspolitik, die die kulturellen und ethnischen Unterschiede leugnete und versuchte die Kurden als „Bergtürken" darzustellen und die kurdische Sprache als einen minderwertigen türkischen Dialekt. Die kurdische Kultur konnte nicht mehr frei ausgelebt werden. Auch der Gebrauch des Kurdischen als Amtssprache und alle kurdischen Schulen, Vereinigungen und Publikationen wurden 1924 verboten. Die Dorfnamen in Kurdistan wurden zu 90% „türkisiert", ohne dass die Änderung den Einwohnern überhaupt mitgeteilt wurde. Das türkische Parlament, in dem immerhin noch 72 „kurdische Repräsentanten" vertreten waren, wurde aufgelöst. Aus den Schulbüchern, Lexika und Landkarten wurden die Definitionen und Erläuterungen über Kurden und ihre Siedlungsgebiete verbannt.
Am 14. Juni 1934 wurde ein Gesetz erlassen, dass die Umsiedlung der Kurden in den Westen der anatolischen Halbinsel und deren Assimilierung legalisierte. Die kurdische Bevölkerung sollte fortan über ganz Anatolien zerstreut werden, in keiner Stadt sollten mehr als 10 % Kurden leben dürfen. Selbst die Vertreibung der Kurden aus der Türkei in andere Staaten wurde gesetzlich vorgesehen. An die Stelle der vertriebenen Kurden sollten zukünftig türkische Siedler rücken.
Ziel dieses Besiedelungsgesetzes war die sogenannte Türkisierung der Bevölkerung.





Die Türkei wurde dafür in drei Zonen unterteilt:

1. Regionen, in denen Bevölkerung türkischer Kultur angesiedelt werden soll
2. Regionen, die für den Transport und die Ansiedlung jener Bevölkerung vorgesehen sind, die der türkischen Kultur angeglichen werden soll
3. Regionen, die unter anderem aus Gründen der Kultur, Politik, des Militärs und der Ordnung entvölkert werden sollen und in denen Ansiedlung und Wohnen verboten waren.

Alle Institutionen der tribalen und religiösen Führung wurden daraufhin abgeschafft und ihr Grundbesitz wurde konfisziert. Es wurde ein Notstandgesetz verabschiedet, das Kriegsrecht verhängt und „Unabhängigkeitsgerichte" gegründet.

Von 1925 bis 1938 schlugen mehrere Aufstände gegen diese faschistischen Angriffe los, in denen sich die kurdische Bevölkerung versuchte gegen die Zwangsassimilierung und Vertreibung aus ihren Ländern zu verteidigen. Aufstände wie der Koçgiri-Aufstand (1920), Scheich Said Aufstand (1925), der Ararat-Aufstand (Republik Ararat) (1930) und der Dersim-Aufstand (1938) wurden von der türkischen Armee blutig niedergeschlagen.



Die Niederschlagung des Dersim Aufstands, der sich über zwei Jahre erstreckte und von den 1936 eingeführten Tunceli Gesetze eingeleitet wurde, war die brutalste von allen. Tausende Kurden wurden während und nach dem Aufstand Opfer der türkischen Bomben und Granaten; Zehntausende mussten vor der – auch mit Giftgas – gegen die kurdische Zivilbevölkerung vorgehenden türkischen Armee fliehen. Wehrlose Bauern wurden mit Bajonetten niedergestochen; Kleinkinder wurden in die Luft geworfen und mit Bajonetten aufgefangen. Zahlreiche Menschen wurden bei lebendigem Leibe begraben. Gefangene Kurden wurden an Bächen und Flussläufen exekutiert; das Wasser des Munzur und Harcik war tagelang blutrot gefärbt.

Die Anführer des Aufstands wurden erhängt und ihre toten Körper auf Wägen durch die Dörfer gefahren und anschließend verbrannt. Aber der Widerstand der Bevölkerung ging weiter.



Zitat von Riza. „Ich bin 75 Jahre alt. Ich werde auf dem Feld der Ehre fallen. Ich gehe zu den Märtyrern Kurdistans. Dersim ist unterlegen. Aber die Kurden und Kurdistan werden fortleben. Nieder mit den Unterdrückern! Nieder mit den Niederträchtigen und Verlogenen!"

Am 20. November 1937 wandten sich die Bewohner Dersims mit einem dramatischen Appell an die politische Öffentlichkeit der Türkei und den Völkerbund:

„Die türkische Regierung schließt unsere Schulen, verbietet den Gebrauch der kurdischen Sprache, lässt die Worte Kurden und Kurdistan aus wissenschaftlichen Werken entfernen, wendet barbarische Methoden an, um Kurden einschließlich Frauen und Mädchen zur Arbeit an militärischen Bauprojekten in Anatolien zu zwingen, deportiert die Kurden."

zitiert nach: Deschner, Günther; Saladins Söhne: Die Kurden - das betrogene Volk; München 1983; Seite 98

Der Appell stieß aber auf taube Ohren. Die Weltöffentlichkeit schaute gebannt auf den Bürgerkrieg in Spanien, die Invasion des faschistischen Italiens in Äthiopien und den chinesisch-japanischen Krieg. Was im fernen Anatolien geschah, interessierte kaum jemanden.

Die internationale Presse übernahm die türkische Propaganda, dass es sich bei dem Aufstand des Volkes von Dersim um eine Rebellion gegen Modernisierung, Reform und Bildung handle. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum über eine Million KurdInnen und Kurden



ermordet. Auch in den folgenden Jahren flohen die Menschen vor der weiter andauernden Repression aus der Region in die westanatolischen Städte und nach Istanbul. Hier bauten sie in den Außenbezirken über Nacht Hütten aus Pappe und Wellblech; die ersten „Gecekondus" (Slums) entstanden.

Selbst der Name der Region und der Stadt wurden getilgt: die Region Dersim und seine Hauptstadt Mamiki wurden in Tunceli umbenannt; nichts sollte mehr an die Kurden erinnern. Die gesamte Region wurde mit Polizeistationen und Kasernen überzogen. Sämtliche Verwaltungsaufgaben wurden in die Hände türkischer Beamter gelegt, die wie Besatzungsmächte auftraten; die bisherigen Selbstverwaltungs-Strukturen wurden gänzlich zerstört. Bis 1946 blieb in der Region Dersim das Ausnahmezustandsrecht in Kraft. Wie ganz Kurdistan wurde die Provinz bis 1956 zur verbotenen Zone erklärt.

In Dersim wurde ausgeführt was bereits 1930 angekündigt wurde. Zu der Zeit äußerte sich der damalige Justizminister Mahmut Esat Bozkurt auf einer Kundgebung zum Schaich Said Aufstand, dass *„es sich dabei um einen Krieg zwischen zwei Rassen handele und dieser sei weder der erste noch der letzte"* und führte weiter aus: *„Wir leben im freisten Land der Welt, nämlich in der Türkei. Der Türke ist der alleinige Herr und Besitzer dieses Landes. Diejenigen, die nicht zur reinen türkischen Rasse gehören, haben lediglich das Recht auf ein Diener- und Sklavendasein. Unsere Freunde sowie unsere Feinde, ja sogar die Berge sollen diese Tatsache wissen!"*
(19. September 1930, Tageszeitung Milliyet)

aufschwung der Linken

In den 60er Jahren erstarkte in der Türkei, wie weltweit, die revolutionäre Linke. Die chinesische und die kubanische Revolution waren bereits verwirklicht. Ende 1960 stand bereits ein Sieg des Vietcong fest. Überall in der Welt erreichten nationale Befreiungskämpfe ihren Höhepunkt. In Europa entwickelten sich Arbeiter- und Studentenbewegungen.
In der Türkei trug die „Demokratische Partei" (DP), mit Parolen gegen die Arbeitslosigkeit, mit Versprechungen, Streik- und Gewerkschaftsrechte, Pressefreiheit und freie Religionsausübung zu gewährleisten, den Sieg bei den Wahlen im Jahre 1950 davon. Sie stand in direktem Zusammenhang mit dem von der US Regierung ausgegeben Slogan „Freiheit entwickeln", der den Kalten Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion begleiten sollte.



Was mit den Parolen „mehr Freiheit" und „mehr Rechte" gemeint war, kam in Kürze ans Licht. Ihre Wahlversprechen hielten sie nicht, sondern verschärften die Repression gegen Arbeiter- und Studentenorganisationen, sowie gegen die politische Opposition. Es wurden von der USA unterstützte „gelbe" Gewerkschaften installiert.
Während die Politik der DP im Inneren der Verteidigung der Interessen der Ausbeuterklasse diente, bestand ihre Außenpolitik in bedingungsloser Unterwerfung unter den US-Imperialismus.

Dennoch stellte das Jahr 1960 in der Türkei eine innenpolitische Öffnung nach links dar, denn in den 60er Jahren wurden die demokratischen Kräfte in der Türkei aktiver. Dahinter steckte auch die schnelle Entwicklung des Kapitalismus seit den 50er Jahren. Die seit den 50ern stattfindende Landflucht führte in den Städten zu mehr Klassenbewusstsein. Unter dem Einfluss der sich ständig vergrößernden Studentenbewegung mit ihren Universitätsbesetzungen führten die Arbeiter in diesen Jahren offizielle und wilde Streiks sowie Fabrikbesetzungen durch. Während der Universitäts- und Fabrikbesetzungen kam es fast immer zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Parallel zu dieser Mobilisierung der Arbeiter und Studenten kam es auch auf dem Land zu Landbesetzungen durch arme Bauern. Die Flotten der USA konnten in der folgenden Zeit nicht mehr ungestört türkische Häfen anlaufen. Das revolutionäre Potential der Jugendbewegung verwandelte sich in eine politische Bewegung,





die die Guerilla-Organisationen der 70er Jahre hervorbringen sollte.
Doch angesichts der immer stärker werdenden Opposition gegen die Interessen der Herrschenden und der durch den ersten Golfkrieg zunehmenden Probleme auf ökonomischem Gebiet antworteten die imperialistischen Kräfte mit faschistischen Terror.

In Ausbildungslagern, die mit Unterstützung der AP Regierung in über 30 Provinzen aufgebaut wurden, wurden Faschisten militärisch trainiert und auf Linke gehetzt. Die Faschisten begannen, fortschrittliche Studenten, Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunisten, Intellektuelle umzubringen. 1969 gründete sich die MHP die fortan zu einem beliebten Rekrutierungsfeld für die späteren Todesschwadronen und der Konterguerilla wurde.

Die in den 45ern von der NATO installierten Geheimarmeen sollten nun auch in der Türkei, wie in Griechenland und Chile, mit ihrer „Strategie der Spannung" die Bevölkerung manipulieren und von der Ideologie der Notwendigkeit eines „autoritären Staates" überzeugen. Massenhaft wurden Menschen entführt, „verschwunden gelassen", gefoltert und ermordet. Dies sollte der kommunistischen und auch bald der entstehenden organisierten kurdischen Bewegung angelastet werden und dieser so das Vertrauen der Bevölkerung entzogen werden.

Am 12. März 1972 wurde die Macht von der Armee durch Unterstützung der CIA übernommen. Der faschistische Terror durch MIT (Geheimdienst), Konterguerilla, Armee und Faschisten (MHP) wurde intensiviert. Der Putsch zielte auf die Zerschlagung der linken Kräfte.

Die Kader der militanten Linken wurden verhaftet, einige hingerichtet, und alle die „links verdächtig" waren systematisch unterdrückt. Die bedeutenden linken Organisationen wurden verboten. Darunter auch die TIP die sich neben der THKP-C als einzige Organisation öffentlich für die Rechte der KurdInnen eingesetzt hatte. Endgültig wurde nun die Lüge von der Fortschrittlichkeit, dem revolutionären Potential der Kemalisten, der bis dahin auch viele kommunistische Parteien auf den Leim gegangen sind, entlarvt.

Die Gründung der PKK

In den späten 60ern gab es dann auch die ersten Versuche junger kurdischer Revolutionäre, die damals in türkischen Metropolen studierten, darunter auch Abdullah Öcalan, sich zu organisieren. Beeinflusst von Marx, Lenin, Stalin und Mao gründete sich 1978 die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK).
Die PKK gründete sich als eine marxistisch-leninistische Organisation die das Ziel eines sozialistischen kurdischen Staates durch einen Guerilla Krieg - angelehnt an die damaligen Erfahrungen von nationalen Befreiungsbewegungen und antikolonialen Kämpfen - erreichen wollte. Im Gegensatz zu den vielen türkischen revolutionären Organisationen orientierte sie ihre ideologische Ausrichtung weniger an der chinesischen Linie als an der Sowjetunion, die bereits von 1945-1947 die kurdische Republik in Marhabad unterstützte.



Die PKK sah die Problematik der kurdischen Bevölkerung besonders darin, dass sie im Gegensatz zu der türkischen Bevölkerung doppelt unterdrückt wurde.

Einerseits durch die imperialistischen Staaten die das politische System in der Türkei bestimmten und den Klassenkampf gegen die Bevölkerung führten und andererseits durch die feudalen Strukturen in den kurdischen Gebieten selbst, die ihrerseits die Großgrundbesitzer und Stammesführer hervorbrachte und erhielt, und die ohnehin schon unterdrückten kurdischen Bauern weiterhin ausbeutete.

Belege dafür wären die unzähligen innerkurdischen Kämpfe und Interessenskonflikte die ebenfalls seit Jahrhunderten die kurdische Bevölkerung innerlich zersetzte und schwächte.

Gegen beide Ebenen der Unterdrückung setzte die PKK zum Kampf an.





In den 80er Jahren war die gesamte revolutionäre Linke erneut am Erstarken. Die nach der Ölkrise 1973 voranschreitende ökonomische Krise in der Türkei die die Inflation und Massenarbeitslosigkeit vorantrieb beeinflusste auch die innenpolitischen Verhältnisse zu Gunsten der Linken.



Hunderttausende Arbeiter und Studenten gingen auf die Straße. Zahlreiche Gecekondus und ländliche Regionen wurden von den Linken zu „befreiten Gebieten" erklärt.
Erneut führte dies zu einer starken Beunruhigung der NATO Partner. Denn nach dem Verlust des Iran für den Westen durch die islamische Revolution 1979 hatte die strategische Bedeutung der Türkei noch einmal zugenommen.

Das Land sollte im Rahmen der US- und NATO-Kriegspläne als Angriffsplattform gegen die Südflanke der Warschauer Vertragsstaaten und als Gegenbedrohung der südlichen Sowjetunion fungieren. Darüber hinaus diente die Türkei der NATO als Basis für mögliche Nah- und Mittelostinterventionen.
Die Militärjunta vom September 1980 kam wie 1972 unterstützt von den imperialistischen Kräften an die Macht, auch um die erstarkende Linke zu zerschlagen. Der Juntachef Kenan Evren sagte in seiner ersten Fernsehrede nach dem Putsch: „Wenn wir nicht geputscht hätten, würde jetzt ein Kommunist an meiner Stelle zu euch sprechen".
Die Militärjunta wurde erneut unterstützt von den imperialistischen Kräften der Konterguerilla Gruppen und der MHP.

1980 registrierten die MHP rund 2 Millionen Mitglieder und ca. eine Million Sympathisanten. Sie wurde bevorzugtes Rekrutierungsfeld für die türkische Konterguerilla, die als „Amt für spezielle Kriegsführung" (ÖHP) direkt dem Putschistenführer unterstellt war. Außerdem erhielt das Putschregime insbesondere aus Deutschland politische sowie militärische Unterstützung. Das erste internationale Abkommen das die Junta unterzeichnete, war ein Vertrag mit der damals noch sozialliberalen Bundesregierung über Polizeihilfe, darunter Waffen, Munition und Fahrzeuge, im Wert von 15 Millionen DM. Darüber hinaus wurde Polizei und Militär unter CIA Aufsicht auch in Deutschland in den Stützpunkten Schöngau und Oberammergau ausgebildet.

Eben diese ausgebildeten Polizeibeamten und Militärs nahmen nach dem Putsch insgesamt 650 000 Personen fest. Es gab 123 000 politische Gefangene, die alle gefoltert wurden. Viele wurden zu Tode gefoltert. Gegen fast 10 000 Menschen wurde Anklage erhoben weil sie sich in illegalen Organisationen befunden hätten, gegen 71 000 wurde Anklage wegen sogenannten „Meinungsdelikten" erhoben. Gegen über 500 Menschen wurden Todesurteile verhängt und gegen 7000 die Todesstrafe beantragt. 460 Personen wurden allein im ersten Jahr der Diktatur bei militärischen Operationen umgebracht. Wie in den 70er Jahren wurde erneut das Kriegsrecht verhängt und alle politischen Parteien verboten.

Besonders in den kurdischen Gebieten herrschte ein völliges Willkürregime, mit Massenverhaftungen, Dorfrazzien und den Todesschwadronen.



81 000 Kurden wurden zwischen September 1980 und September 1982 verhaftet.
Zwei Drittel der gesamten türkischen Armee wurde eingesetzt, um im Südosten des kurdischen Gebiets das soziale Gefüge zu stören.

Ein weiterer perfider Akt waren die von der Armee installierten Dorfschützer die die kurdische Bevölkerung von innen heraus spalten sollte. So wurden kurdische Bauern unter Gewalt- und Todesandrohung und Geldversprechungen dazu gebracht ihre eigenen Leute zu verraten und als Spitzel und verlängerter Arm der Armee in den kurdischen Dörfern aufzu-





treten.
Auf Grund dieser Enzwicklungen besetzten 1984 die Guerilla Einheiten der PKK die kurdischen Städte Semdinli, Eruh und Catak und riefen die Bevölkerung zum bewaffneten Kampf auf. Durch vorwiegend militanten Aktionen gegen die Polizeiverwaltungs-, und Militärstützpunkte in den kurdischen Gebieten, unterstützte die PKK die kurdische Bevölkerung und verteidigte sie vor Übergriffen der türkischen Armee und den Konterguerilla Einheiten.

Vor allem in dieser Zeit entwickelte sich die PKK zu einer kurdischen Massenorganisation, zu einer ernstzunehmenden politischen und militärischen Kraft. Tausende junge Menschen sympathisierten zunehmend mit der Guerilla die ihre Interessen vertrat, gingen in die Berge und schlossen sich ihr an.

Strategie des totalen Krieges

Im Spätsommer 1993, nachdem die Regierung von Ministerpräsidentin Tansu Çiller an die Macht gekommen war, haben die Ministerpräsidentin, der Generalstabschef Dogan Güres und der Staatspräsident Süleyman Demirel Verschärfungen des Vorgehens in den kurdischen Gebieten und gegen vermeintliche Unterstützer der PKK auf eine Weise angekündigt, die der Drohung mit einem totalem Krieg bzw. einer »endgültigen Lösung« gleichkam. Çiller erklärte:

»Der Staat wird einen Schritt über den Punkt hinausgehen, bis zu dem der Terror gegangen ist. Niemand kann gegen den Staat ankommen. ... Und wenn das auch noch nicht genügt, wird der Staat alles tun, was nötig ist, damit es genügt.«

Am 28.10.1993 waren folgende Worte des Generalstabschef Güres Aufmacher der Zeitung Hürriyet: *»Historische Entscheidung ... In diesem Winter werden wir die PKK-Einheiten liquidieren. Sie werden kaltgemacht und verschwinden. Sie werden vernichtet und verschwinden. Auch ihr oberster Führer. ... Kalaschnikows und ähnliches reichen nun nicht mehr aus. Wir werden wirksamere und modernere Waffen schicken.«* In der gleichen Ausgabe pflichtete ihm der Staatspräsident Demirel mit einem Aufruf an das Volk zum »totalen Kampf gegen die PKK« bei.

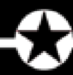
Ausgehend von der rassistischen Ideologie auf die die türkische Republik formte fanden in den folgenden Jahren zehntausende Kurden den Tod. Hunderttausende Soldaten, unterstützt von Panzern, Helikoptern, Militärflugzeugen, Giftgas und Panzerwagen kamen zum Einsatz. Über 3000 Dörfer wurden von der Armee niedergebrannt. Die kurdische Bevölkerung die bereits über Jahrzehnte Erniedrigung, Folterungen und dem Tod ausgesetzt war, sollte nun nochmals eine Steigerung des faschistischen Terrors erleben müssen. Schätzungen der türkischen Regierung und des Militärs zufolge hat der Staat seit 1984 über 83 Milliarden US-Dollar für diesen Krieg ausgegeben.

Der türkische Menschenrechtsverein (IHD) beschreibt die Situation in den 90er Jahren folgendermaßen:

„[dass] Millionen unter den Folgen der Räumung ihrer Dörfer und den Zwangsvertreibungen gelitten haben. Sie wurden aus ›Sicherheitsgründen‹ zur Emigration gezwungen ohne irgendwelche Zusicherungen. Diese Menschen hatten keine andere Wahl als unter gesundheitsschädigenden Bedingungen in armseligen Wohnverhältnissen in den Städten der Region oder im Westen zu leben ... Militärs, Spezialeinheiten und Dorfschützer haben Dörfer unter dem Vorwand räumen lassen, daß sie Operationen gegen die PKK durchführen müssen.
Während dieser Operationen wurden zivile Siedlungen absichtlich von Luftwaffe und Bodentruppen bombardiert.
Weitere Menschen sahen sich gezwungen ihr Land zu verlassen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört worden waren ...



Das Verbot auf die Sommerweiden zu ziehen, bedeutet, den Kurden eine wesentliche Lebensgrundlage zu entziehen. Die Menschen in dieser Region verdienen ihr tägliches Brot durch die Viehzucht. Ein solches Verbot fügt der Ökonomie in der Region einen unübersehbaren Schaden zu. Das Ergebnis ist, daß vielen

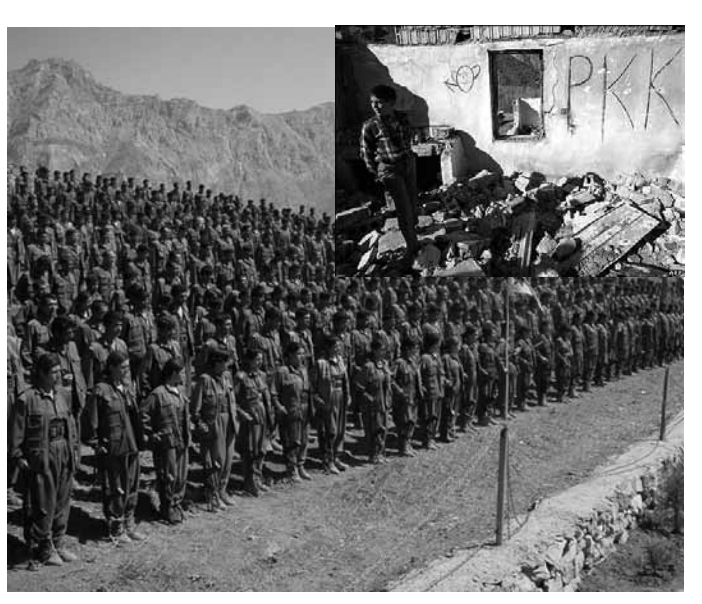


Familien nichts anderes übrig bleibt als auszuwandern. Durch die Bombardements während der permanenten militärischen Operationen in der Region, wurde darüber hinaus auch Ackerland zerstört. Die Felder können nicht bestellt werden, da es gefährlich ist, während der militärischen Operationen auf dem Lande zu arbeiten. Dorfschützer versuchen den Ertrag in Brand zu setzen, so daß es keine Ernte gibt. Die Landwirtschaft wurde dadurch praktisch zum Erliegen gebracht. Es ist eine weitere Art der Zwangsevakuierung. Wir sollten auch das partielle Nahrungsmittelembargo erwähnen, das die Militärs verhängt haben ... Die derzeitige Entvölkerungspolitik ... schließt alle kurdischen Siedlungen mit ein; sie hat die totale Säuberung dieser Region zum Ziel ... die evakuierten Dörfer sollen nicht wieder besiedelt werden. Der Gemeindebesitz wird zerstört und die evakuierten Einrichtungen werden niedergebrannt, was ihre Neubesiedlung unmöglich macht. Die umgesiedelten Bürger erhalten keine staatliche Unterstützung ... Millionen sind gezwungen in den Ghettos der Großstädte unter gesundheitsschädigenden Umständen zu leben. Zu dieser Politik gehört auch die Mißhandlung von Zivilisten. Folter, extra legale Einrichtungen, »Verschwindenlassen« in der Untersuchungshaft, sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung sind integrale Bestandteile dieser totalen Entvölkerungspolitik."



und weiter:

„Die türkische Regierung nennt es einen Krieg gegen Terrorismus, doch in Wahrheit ist es ein Krieg gegen ein Volk und gegen Menschen … Der Grund dafür ist klar – die Leute sollen eingeschüchtert und ohne Führung handlungsunfähig gemacht werden. Wieder ist Ziel der »counterinsurgency«-Kräfte, auf größere Gruppen der kurdischen Bevölkerung Druck auszuüben damit sie nicht auf die Idee kommen, für ihre [Grundrechte] zu kämpfen. Nicht nur kurdische Repräsentanten und Intellektuelle wurden zur Zielscheibe dieser Politik, auch Frauen, Dorfbewohner und Studenten fielen ihr zum Opfer und wurden ermordet ... Die Menschen sollen Angst haben ... Diese Menschenrechtsverletzungen betreffen nicht nur fundamentale Gesetze, wie das Recht auf Leben, sie zielen auch darauf ab, das kurdische Volk zu Flüchtlingen im eigenen Land zu machen. Es gibt weiterhin Massenverhaftungen und die Repressionspolitik wird auf alarmierende Weise fortgesetzt ... Hier wird ein dreckiger Krieg gegen die gesamte Bevölkerung geführt.«



Diesen massiven Angriffen auf ihr Leib und Leben sieht sich die kurdische Bevölkerung bis heute ausgesetzt. Unter dem Vorwand einen Krieg gegen den PKK-„Terrorismus" zu führen, führt sie ihre faschistische Assimilierungs- und Vertreibungspolitik gegen die kurdische Bevölkerung fort.

Auch wenn formal seit 1991 das Verbot der kurdischen Sprache aufgehoben wurde, seit 2001 zeitlich begrenzte kurdischsprachige Fernsehsender und seit 2004 zeitlich unbegrenzte Fersehsendungen in kurdischer Sprache ausgestrahlt werden dürfen, offiziell auch Bücher und Musikkassetten auf kurdisch erscheinen dürfen, sieht die Umsetzung bis heute anders aus.

Musik und Bücher werden meist direkt aus den Verlagen heraus beschlagnahmt. Auf Vertriebshäuser, die Bücher in kurdischer Sprache herausgeben wollen, werden bis in die heutige Zeit Anschläge verübt. Die politische Betätigung ist der kurdischen Bevölkerung bis heute untersagt. Kurdische politische Parteien wer-





den systematisch kriminalisiert, führende PolitikerInnen verhaftet und gefoltert. Kritische JournalistInnen sehen sich ebenfalls einer starken Repression ausgesetzt.

Dies sind alles Vorgehensweisen die noch immer auf der von der Militärjunta 1983 beschlossenen Verfassung basieren. Diese Verfassung die die Existenz der kurdischen Bevölkerung leugnet und alles was dem widerspricht unter Strafe stellt ist bis zum heutigen Tage gültig.

Aus dieser andauernden Unterdrückung der Bevölkerung entstand die PKK die den Kampf für die Befreiung der kurdischen Bevölkerung bis heute weiter führt.

Sie steht gegen den faschistischen Terror der türkischen Regierung und für Selbstverwaltung durch kommunale Basisorgansierungen. Sie steht gegen die Ausbeutung des Menschen und der Natur und für die Schaffung einer demokratisch-ökologischen Zivilgesellschaft.
Sie steht für die Hoffnung der kurdischen Bevölkerung auf ein friedliches, unabhängiges und selbst bestimmtes Leben. Der kurdische Befreiungskampf ist kein Kampf einzelner Guerilleros, es ist ein Kampf der gesamten kurdischen Bevölkerung gegen den faschistischen Terror und gegen die Unterdrückung, für Selbstbestimmung, Autonomie und Frieden.

aktuelle situation in der Türkei und kurdistan

Seit dem 19. Oktober findet in Dijarbakir ein Prozess gegen 151 kurdische PolitikerInnen, RechtsanwältInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen, Frauen- und MenschenrechtsaktivistInnen statt. Sie wurden alle in einem Zeitraum von anderthalb Jahren festgenommen und saßen über 1 Jahr ohne schriftliche Anklage im Gefängnis.

Ihr Vergehen soll es sein die Situation der kurdischen Bevölkerung auch international thematisiert zu haben, wie auch ihr Engagement für eine politische Lösung des Konflikts. Ihnen allen droht nun ein Verfahren wegen Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in der »Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans« (KCK) und Haft bis zu 15 Jahren nach den Anti-Terrorgesetzen.

Nach den Kommunalwahlen schaffte es die DTP in mehreren kurdischen Regionen Politiker zu entsenden und erreichte trotz massiver Einschüchterungsversuche und Wahlbetrugs in mehreren Provinzen der Region Kurdistan 88 Bürgermeister-, Stadt- und Gemeinderatsposten zu stellen. Nach diesen für die DTP erfolgreichen Kommunalwahlen wurden mehr als 1700 Menschen festgenommen.
Die DTP ist im September 2009 von der Regierung verboten worden.

Bereits während der Wahlen kam es zu gravierenden Unregelmäßigkeiten und Wahlbetrug. Regionale und internationale Wahlbeobachter berichteten von Schützenpanzern und Polizeifahrzeugen direkt vor den Wahllokalen in den Provinzen Sirnak, Bitlis, Bingöl und Hakkari. Schwer bewaffnete Sondereinsatzkräfte des Militärs, sowie der Polizei und des Geheimdienstes postierten sich ebenfalls vor und in Wahllokalen.
An einigen Urnen wurden darüber hinaus bis zu 50 Prozent der Wahlzettel der DTP vernichtet. Die Wahlbeobachterdelegationen berichten zudem von teils schwerwiegenden Behinderungen ihrer Arbeit.
Dieses Beispiel beschreibt eindrücklich wie die türkische Regierung auf die Versuche der Kurden eine politische Lösung des Konfliktes voranzutreiben reagiert.

Die KCK haben ihrerseits mit ihrem 2009 erklärten einseitigen Waffenstillstand bekräftigt, dass sie ebenfalls für eine politischen Lösung der Kurdenfrage sind.

Während diesem 13 Monate andauernden einseitigen Waffenstillstand der KCK kam es zu den oben beschriebenen Festnahmen und Folterungen gegen tausende kurdische PolitikerInnen, es wurden erneut kurdische Gebiete militärisch angegriffen und es kam zu verstärktem Einsatz von Schusswaffen auf unbewaffnete DemonstrantInnen bei denen mehrere Menschen getötet wurden.

Die militärische Unterdrückung der Bevölkerung, die Checkpoints, die Folterungen, die Einschüchterungen der Presse, die Vertreibungen und die Lynchmorde an KurdInnen in der Westtürkei, sowie die Zerschlagung nahezu aller legalen Strukturen der kurdischen Linken gaben der Guerilla nahezu keine andere Möglichkeit als den Waffenstillstand aufzukün-



digen, um eine demokratische Autonomie zu erlangen und letztlich die kurdische Bevölkerung zu beschützen.

Auch heute werden wie in den 90ern kurdische Dörfer von der türkischen Armee bombardiert. Auch auf Bauern wird das Feuer eröffnet, mehrere Zivilisten wurden in den letzten Monaten getötet. Gewählte Bürgermeister wurden in Handschellen abgeführt.

Rund 4000 Kinder und Jugendliche sind wegen Steineschmeißens auf Panzer als angebliche Terroristen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.
Freiheitskämpfer wurden und werden grausam gefoltert, ermordet und ihre Leichen anschließend verstümmelt.

Wie 1937 unter Mustafa Kemal in Dersim und 1988 in Haljaba wird auch heute Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Die in Höhlen geflüchteten KurdInnen werden qualvoll vergast.

Die deutschen Medien geben sich heuchlerisch empört während im März 2010 Angela Merkel noch einen Kranz auf dem Grab von Mustafa Kemal niederlegte. Bis zum heutigen Tag wird dieser Krieg fortgesetzt.

Rohstoffe in Kurdistan

Die kurdischen Gebiete sind die rohstoffreichsten Gebiete der ganzen Türkei.
Vor allem das „ÖL der Zukunft" - Wasser – findet sich in den wichtigsten Flüssen wie Tigris, Euphrat, Aras, Kura, Habur und Ceyhan, die in Nordkurdistan (Türkei) entspringen. In diesem Gebiet, das auch GAP-Gebiet (GAP: Südostanatolien-Projekt) genannt wird, sollen mehrere große Projekte – vor allem Staudämme – gebaut werden:

Im GAP-Gebiet befinden sich aktuell 22 Dämme und Stauseen, sowie 19 Wasserkraftwerke. Hier werden mit 27 Millionen Kilowattstunden 40% der türkischen Strom-Gesamterzeugung generiert. Dies verdeutlicht, wie wichtig die kurdischen Gebiete für die Energieversorgung der Türkei sind.

Doch nicht nur aus energiepolitischen Gründen ist das GAP-Gebiet für die Türkei von strategischer Bedeutung: Wenn das GAP-Projekt vollendet ist, wird die Wassermenge, die Syrien erreicht, um 40% geringer sein. Das „Öl der Zukunft" soll also auch als Druckmittel gegen die südlichen Nachbarn genutzt werden.
Die Türkei hat bisher 16 Mrd. Dollar in das GAP-Projekt investiert, weitere 16 Mrd. Dollar wird das Land noch bis 2040 in das Projekt pumpen.



Wirtschaftliches Ziel der Türkei ist es, zu einem Strom- , Wasser- und Agrarexporteur für den gesamten Nahen Osten zu werden. Die Macht der Türkei soll mit der zunehmenden Wasserverknappung im Nahen Osten weiter steigen.

Innenpolitisches Ziel ist es, aus der über Jahrhunderte vernachlässigten Region, einen Teil der Türkei zu machen, in der es keinerlei „Separatistenbewegungen" mehr gibt. Dazu wurden im Zuge des Masterplans Gutachten über die ansässigen Bevölkerungsgruppen erstellt. Darin wurde die Stimmungslage in den einzelnen Provinzen exakt beschrieben und die Einwohner in Kategorien von „Türkei-freundlich" bis „separatistisch" eingestuft. Auch der Einfluss bestimmter Personen auf Dorfgemeinschaften wurde ausgelotet. Ziel ist es, mit den gewogenen Bürgern einen Entwicklungsmagneten aufzubauen und die missliebigen Kurden gezielt zu vertreiben.

Um die Entwicklung des GAP-Staudamm Projekts voranzutreiben, wurden bereits jetzt 200.000 Kurden gewaltsam vertrieben und einige Gebiete Kurdistans vollständig überschwemmt. Fruchtbares Ackerland, unersetzliche historische und religiöse Denkmäler sowie Objekte, mit kulturhistorischen und religiösen Wert, werden hierbei zerstört.

Die Dammbauten werden von der Regierung als ein Mittel zur weiteren „Türkisierung" der Bevölkerung benutzt, denn die Dämme werden an den Orten gebaut, an denen sich besonders viele kurdische Dörfer befinden.
Im restlichen Kurdistan ist das Wasser von weniger strategischer Bedeutung. In Südkurdistan befinden sich Staudämme in Derban-





dixan, Dukan und Mossul, in Ostkurdistan in Bokan sowie Mehabad und in Südwestkurdistan in Rakka.



Neben dem Wasservorrat soll es in Kurdistan auch 45 Mrd. Barrel Erdöl geben. Die einzigen nennenswerten Erdölvorräte innerhalb der Türkei befinden sich in Batman, Amed (Diyarbakır) und Semsúr (Adıyaman). In Südkurdistan befinden sich dagegen angeblich 36 Mrd. Barrel Erdöl: In Kerkuk, Xanekin und Mossul sowie in Çiya Surkh, Cembur, Muşhorab, Ain Zalah, Butmah und Sasan.
In Südwestkurdistan befindet sich das erdölreiche Jazira-Gebiet und in Ostkurdistan ist das Kirmanşah-Gebiet von nicht geringerer Bedeutung. Zusätzlich befindet sich in Elazıx-Guleman eines der größten Chromreserven der Welt.
Diese Auflistung soll den hohen Wert verdeutlichen den die kurdischen Gebiete in ökonomischer Hinsicht für die Türkei und die imperialistischen Kräfte USA und Deutschland haben.

Die seit dem Beginn des 19.Jahrhunderts systematisch betriebene Vertreibungs- und Entvölkerungspolitik gegen KurdInnen und Kurden ist nicht nur der Ausdruck einer rassistischen Ideologie auf deren Grundpfeiler die türkische Republik errichtet wurde.

Vielmehr ist sie Ausdruck einer omnipräsenten kapitalistischen Logik, die für die Erreichung ihrer Ziele - wie in diesem Fall die Erschliessung der rohstoffreichen kurdischen Gebiete - die Aufrechterhaltung ihrer Scheindemokratischen Selbstdarstellung nach aussen hin aufgibt und ihren wahren menschenverachtenden Charakter offenbart.



Bis heute mussten ca. drei bis vier Millionen KurdInnen aus ihrem Land fliehen.

Lebensrealität vieler KurdInnen

Die Wirtschaft in den kurdischen Regionen ist zum größten Teil ruiniert. Neben der politischen Verfolgung hat die Armut in der Kurdenregion dramatisch zugenommen. In dem unterentwickelten und von der Industrialisierung ausgeschlossenen Kurdistan wurden viele Betriebe von der Regierung stillgelegt.

Die Landwirtschaft und Viehzucht, von der viele Kurden leben, können sie wegen der ständigen Bedrohung durch die türkischen Militärs nicht mehr betreiben. Die Bauern erhalten keine Erlaubnis, sich auf ihren Feldern und Weiden frei zu bewegen. In einigen ländlichen Gebieten existierten Weideverbote. Es herrschen Ausgangssperren und ohne Sondergenehmigung wird den Menschen dort nicht erlaubt nach 17.00 Uhr ihre Häuser zu verlassen. In der kurdischen Stadt Lice beispielsweise herrscht bereits seit 1993 eine solche Ausgangssperre.

Der größte Teil der KurdInnen, die ihre Regionen verlassen mussten, fliehen in die Elendsviertel der türkischen Großstädte. Dort werden sie zu einem Leben in Armut gezwungen und werden aufgrund des seit Jahrzehnten geschürten kemalistischen Rassismus von der türkischen Gesellschaft weitestgehend ausgeschlossen. Ohne gesicherte Arbeit, geschweige denn soziale Absicherung, müssen sie ihr Leben selbst organisieren. Frauen und Mädchen arbeiten oftmals in der Textilindustrie, wo sie bis zu 14 Stunden am Tag für einen Monatslohn von 80 Millionen TL (ungefähr 100 Mark) arbeiten. Viele Kurden arbeiten auf den großen türkischen Mülldeponien und werden dort wie Sklaven behandelt und ausgebeutet.



Sie arbeiten teilweise 16 Stunden am Tag für einen Hungerlohn von umgerechnet 4 Euro. Sie müssen dreckiges Wasser trinken und ihr Essen aus der Mülldeponie sortieren.
Eine Gasflasche zum Kochen kostet einen Wo-



chenlohn. Fast alle der kurdischen Wanderflüchtlinge sind hoch verschuldet.
Sobald sie neun Jahre alt sind, arbeiten auch die Kinder. Zur Schule gehen sie, wenn überhaupt, nur im Winter.
Die Kinder sind unterversorgt und oft krank. Malaria, Durchfall- und Hauterkrankungen sind typische Krankheitsbilder infolge mangelhafter Wasserversorgung. Wo sie sind werden sie versucht zu vertreiben, es kam schon oft vor das die notdürftig errichteten Zelte kurdischer Familien angezündet wurden.
Nirgends sind sie geduldet, immer gibt es Probleme mit den Behörden und der Polizei. Eine kurdische Frau berichtet:
„Gerne hätten sie Arbeit in ihrer Heimat, doch sei es dort nicht sicher. Noch immer herrschten Dorfschützer und das Militär, und es gäbe keine Arbeit, um ihre Existenz zu sichern.“

Das durchschnittliche Einkommen in den kurdischen Gebieten in „Südostanatolien“ liegt bei 558 TL und damit weit hinter dem türkischen Durchschnitt von 2146 TL. Die von der AKP Regierung versprochenen finanziellen Förderungen sind in der Region nie angekommen.

Überdurchschnittlich gefördert in diesen Regionen werden ausschließlich die Behörden der „inneren Sicherheit“. 29% der staatlichen Gelder gehen in diesen Regionen an die Polizei und das Militär, in der Provinz Dersim (türkisch Tunceli) sind es sogar 64%.

Für zwei große Zementfabriken und Mülldeponien, die ab 2007 in der südöstlichen Provinz Maras gebaut wurden, wurde eine der fruchtbarsten Ebenen des Landes in den kurdischen Gebieten zerstört.

Dadurch wurde nicht nur eine folgenreiche Verschmutzung des Bodens, der Luft und des Wassers, sowie die Vernichtung von Tier- und Pflanzenwelt eingeleitet, sondern durch die Zerstörung des Bodens wurden erneut zehntausende kurdische Menschen in die Armut getrieben.

Investor für diese Projekte war unter anderem die deutsche Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG (heute Deutz AG) mit Hauptsitz in Köln.

Systematisch sollen die kurdischen Dörfer ausgeblutet werden, nichts mehr zurückbleiben außer verbrannte Erde.

Deutschland Komplize des Folterstaates Türkei

Bereits seit Jahrzehnten gibt es zwischen Deutschland und der Türkei eine intensive Zusammenarbeit. Zuerst im 1. Weltkrieg, dann während des deutschen Faschismus wurden politische und wirtschaftliche Bande gestrickt die bis heute Substanz haben.

Die Triebfeder der politischen Zielsetzung in der Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei ist, nach kapitalistischer Allgemeinmanier, die Ausrichtung auf Profitmaximierung wirtschaftlicher Unternehmen, durch die Eroberung und Erhaltung von Absatzmärkten, hier dem prosperierenden Absatzmarkt der Türkei. Und ebenso wie die USA verfolgt auch Deutschland die Perspektive nach Eroberung der Absatzmärkte des Nahen Osten und die Sicherung der Rohstoffquellen.

Außerdem soll durch die Gewinnung der Türkei für Europa nochmals die Vormachtstellung Deutschlands im Nahen Osten im Gegensatz zu den Weltmächten USA und China deutlich gemacht werden.

Dafür setzt sich Deutschland aktiv für die Aufrechterhaltung der menschenunwürdigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Türkei ein und macht sich diese, wie die niedrigen Lohnkosten zu Nutze um günstig produzieren zu können.

So unterstützt Sie die türkische Regierung einerseits durch die Lieferung von Waffen die der Aufstandsbekämpfung in der Türkei dienen und andererseits durch die Verfolgung von kurdischen und türkischen Linken hier in Deutschland.


Mercedes Benz Werk in der Türkei





Der wirtschaftliche Profit den Deutschland auf dem Markt Türkei produzieren und umsetzen kann, kann also nicht losgelöst betrachtet werden von den politischen und militärischen Unterstützungsleistungen Deutschlands an die Türkei. Vielmehr sind diese eine Ursache und Auswirkung gleichermaßen.
Das sieht man vor allen Dingen wenn man sich die Beteiligung Deutschlands an den anstehenden wirtschaftlichen Großprojekten in der Türkei näher anschaut.
An der Hochgeschwindigkeitsstecke Ankara-Istanbul ist die deutsche Bahn als Investor beteiligt, an dem geplanten Ausbau der Energieversorgung ist sowohl die RWE als auch die EnBW Handelsgruppe beteiligt. An dem geplanten Windpark „soma" des türkischen Kraftwerksbetreibers Bilgin Enerji ist Nordex als Investor beteiligt und liefert die Turbinen. (Nordex ist 2001 für 140 Millionen Euro von der Westdeutschen Landesbank (West-LB) übernommen worden.)
Außerdem ist RWE ein Sechstel-Anteilshalter am Nabucco Konsortium der die gleich benannte Erdgaspipeline baut. Siemens produziert ebenfalls in der Türkei, allein 2009 wurden dort 780 Millionen Euro Umsatz für die deutsche Firma erwirtschaftet.

Den deutschen Automobilbauern, allen voran Mercedes Benz soll die Türkei den Weg für die Märkte des Nahen Ostens öffnen.
Erst im Oktober ersteigerte der deutsche Autozulieferer Elring Klinger aus Dettingen 90% Anteile an dem türkischen Zulieferer Ompaş A.S. Auch Bosch ist in der Türkei mit der Produktion von Haushaltsgeräten vertreten. Im Einzelhandel dominieren die deutschen Firmen wie Saturn, Media Markt, Nordsee und seit kurzem auch die Drogerie Kette Rossmann mit vorerst 150 Filialen. Auch die Firmen MAN und Hugo Boss produzieren hier. Insgesamt sind es mittlerweile über 2000 deutsche Unternehmen. Damit stellt Deutschland die größte Zahl der in der Türkei investierenden Firmen aus dem Ausland.

Eine aktuelle Analyse der „German Trade & Invest" kommt nach einer Untersuchung von 86 Exportmärkten zum Schluss, dass die Türkei neben den sogenannten BRIC-Staaten und Saudi Arabien zu den aussichtsreichsten Zukunftsmärkten für die deutsche Wirtschaft gehören.

Um diese so offensichtlichen kapitalistischen Interessen Deutschlands nach der Gewährleis

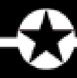


tung des Verkaufs seiner Produkte, der günstigen Produktion deutscher Unternehmen in der Türkei und der Sicherung des Marktes Türkei zu befriedigen, ist Deutschland aktiver Komplize der Türkei und in der Verantwortung für die Verfolgungen und Ermordungen von linken Oppositionellen und KurdInnen und Kurden in der Türkei.

Diese Verantwortung reicht zurück auf die ersten Waffenlieferungen in den 80er Jahren.
Zu der Zeit rüstete Deutschland die Militärjunta der Türkei systematisch hoch.
So erhielt die Türkei in den 80er Jahren von Deutschland militärische und polizeiliche Hilfe von 1,4 Milliarden Dollar. 250 000 Feuerwaffen, 5 000 großkalibrige Pistolen, 450 Millionen Schuss
Munition und verschiedene andere Waffen wurden zusätzlich kostenlos an die Türkei abgegeben.
Mit diesen von der deutschen Regierung gelieferten Waffen wurde wissentlich der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die linke Opposition in der Türkei geführt, tausende inhaftiert, gefoltert und ermordet.

1993 wurde von Medico International eine Anzeige gegen die Bonner Bundesregierung gestellt, die die Mitschuld Deutschlands an der Ermordung Zehntausender KurdInnen und Kurden als „Beteiligung am Genozid" anklagte:

„Im Jahre 1994 hat medico international eine Strafanzeige »Beihilfe zum Völkermord an den Kurden in der Türkei« in der Bundesrepublik erstattet. Im wesentlichen fußte die Anzei-



ge auf der Tatsache von Waffenlieferungen durch die Bonner Regierung an Ankara, die nachweisbar im Krieg der offiziellen Türkei gegen die Kurden und die PKK eingesetzt wurden. Diese Strafanzeige war ihrerseits sehr wohl politisch-moralisch motiviert: vor dem Hintergrund der Verhaftung und Verfolgung von Funktionären der kurdischen Bewegung in Deutschland und des Verbots wie der Zerschlagung ihrer Einrichtungen, – in dem die Betroffenen als »terroristisch« stigmatisiert wurden – sollte erkennbar werden, daß die politische Führung Deutschlands Beihilfe leistet bei der Vertreibung kurdischer Menschen und der Zerstörung ganzer Landstriche im Osten der Türkei. Die Anzeige war schließlich auch präventiv begründet: weil einiges dafür sprach, daß im Zuge wahrscheinlich folgender Eskalationen, »sich in Kurdistan-Türkei weitere schwere Massaker ereignen werden« (Martin van Bruinessen), die es abzuwehren galt."



und präziser:

„Die BRD hat in der Vergangenheit die Türkei auch und gerade seit dem Militärputsch systematisch hochgerüstet ... Es sind drei Bereiche, in denen Militärhilfe stattfindet: Die NATO-Verteidigungshilfe, die Ausstattungs- und Ausbildungshilfe und sogenannte Rüstungssonderhilfen. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land im Bündnis, das ständig und fortlaufend seit 1964 den Partnern ... Ausrüstung in Form von NATO –Verteidigungshilfe, Materialhilfe und Sonderhilfe leistet, und zwar im Unterschied zu den USA – unentgeltlich. ... Die Gelder für die NATO-Verteidigungshilfe kommen direkt aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes. ... Die Verteidigungshilfe besteht zu 80% aus Neumaterial und zu 20% aus gebrauchten Materialien der Bundeswehr. Die NATO-Verteidigungshilfe ist in Trancen unterteilt, seit 1989 hat eine Trance für die Türkei eine Laufzeit von 36 Monaten, vorher waren es 18 Monate. Die jährlichen Beträge für die Türkei belaufen sich auf 86,66 Mio. DM. ... Neben der NATO-Verteidigungshilfe gewährt die BRD der Türkei eine sogenannte Ausstattungs- und Ausbildungshilfe. Dieser Posten ist definiert als ›Lieferung von Material an die Sicherheitskräfte‹ – Streitkräfte, wie auch gelegentlich Polizei – des Empfängerlandes, um ihnen die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern ... Rüstungssonderhilfen werden von der Bundesregierung seit 1980(!) vergeben. Sie umfassen vor allem Materiallieferungen an die Türkei, aber auch Lizenzen und Know how ... 1988 wurde die Rüstungssonderhilfe II im Werte von 580 Mio. DM bewilligt. Im Rahmen dieser Sonderhilfe wurden u.a. 150 Kampfpanzer Leo 1 aus Beständen der Bundeswehr an die Türkei geliefert ...

Für ihr Wohlverhalten im Golfkrieg erhielt die Türkei im vergangenen Jahr schnell noch eine Rüstungssonderhilfe im Werte von zwischen 700 Mio. (Angaben der Bundesregierung) und 1 Milliarde DM (lt. einem Versprecher? des Pressesprecher(s) des Bundesverteidigungsministeriums). Diese Sonderhilfe wurde u.a. in Form von NVA-Material, das als Zivilgut deklariert war, in die Türkei geliefert ... Der Einsatz deutscher Waffen, u.a. Panzer aus NVA-Beständen während der Newroz-Massaker im März 1992 ist vielfach belegt."

Ein weiteres Beispiel für die Mitverantwortlichkeit der deutschen Regierung an der Verfolgung und Ermordung im Nahen Osten ist der Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja im Irak am 16. März 1988:
Bei diesem Angriff wurden über 5000 Menschen getötet. Über 10 000 wurden lebensgefährlich verletzt, viele starben an den Folgen des Angriffs. Und noch heute sind die Menschen der Region von den Spätfolgen des Angriffs betroffen. Viele leiden an Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Tumoren und Schäden an Lunge und Atemwegen, an häufigen Fehlgeburten.

Das Know-How, die Rohstoffe und die Fertigungsanlagen zur Produktion der chemischen Massenvernichtungswaffen lieferten über Jahre hinweg im großen Stil deutsche Unternehmen.
Neben Hermesbürgschaften wurde das unter dem Namen Staatliches Programm zur Pestizid Produktion (SEPP) firmierende Programm von der Deutschen Bank mitfanziert.





Dokumentationen legen nahe, dass auch diese Vorgänge unter Wissen der deutschen Regierung stattfanden.

Türkische Faschisten und ihre Verstrickung mit der deutschen Politik

Während die kurdische Linke in Deutschland seit den 80er Jahren kriminalisiert, verfolgt und abgeschoben wird, wurden türkisch faschistische Kräfte wie die MHP (Graue Wölfe) mit Wissen und Unterstützung von offiziellen deutschen Parteien aufgebaut.

Diese Zusammenarbeit geht zurück auf die „Türkisch-Deutsche-Waffenbruderschaft" im Ersten Weltkrieg und auf die gemeinsame ideologische Auffassung und Zusammenarbeit während des deutschen Faschismus.

Die Verstrickungen zwischen Faschisten, Wirtschaft und Politik existierten nicht nur in der Türkei, in der die Grauen Wölfe gemeinsam mit den Konter-Guerilla Gruppen und dem türkischen Militär während der Junta und bis heute Jagd auf Oppositionelle und KurdInnen machen, sondern auch in Deutschland gab es nach dem zweiten Weltkrieg eine enge Zusammenarbeit und zahlreiche Verstrickungen zwischen Wirtschaft, Politik und türkischen und deutschen Faschisten.

Diese Verbindungen wurden von vielen deutschen Faschisten, die in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg zahlreich in „Amt und Würden" blieben, weitergeführt und für den Aufbau von der türkisch faschistischen MHP in Deutschland genutzt:
„Zahlreiche türkische und deutsche Faschisten, die während des zweiten Weltkrieges zusammengearbeitet hatten, waren auch Ende der 60er Jahre Propagandisten der MHP in Deutschland. Mit Hilfe einflussreicher deutscher Politiker konnte die MHP zwischen 1975 und 1977 in der BRD ihre Auslandsorganisationen aufbauen. Bekannte Politiker wie Albrecht Hasinger (MdB/CDU), Dr. Heimo Georg (MdB/CDU, Dr. Kannapin (CDU-Funktionär), Reiner Gieser (CDU-Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin), Heinz Schwarz (MdB/CDU) u.a. haben am Aufbau der MHP und ihr nahestehender Organisationsstrukturen mitgewirkt."

Franz Josef Strauss seinerzeit CSU Chef und Ministerpräsident von Bayern versicherte nach seinem Besuch in der Türkei im April 1978 dem MHP Führer Alparslan Türkes „dass in Zukunft für die MHP und die ‚Grauen Wölfe' ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik geschaffen werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine."
Außerdem bekam die MHP hohe finanzielle Unterstützung durch die CDU nahe Konrad Adenauer Stiftung. Alparslan Türkes hat nicht nur daraufhin seine Gefolgschaft zur aktiven Politik in der CDU/CSU aufgerufen.

Bis heute werden immer wieder kurdische Vereine, Demonstrationen, Veranstaltungen etc. von türkischen Faschisten der MHP, Graue Wölfe brutal angegriffen, Menschen verletzt oder sogar getötet. Doch bis heute ist die MHP nicht verboten und tatsächliche Verfolgung und Verurteilungen durch die deutsche Justiz und die Polizei kommen sehr selten bis gar nicht zu Stande.

Verfolgung von KurdInnen und Kurden in Deutschland

Neben der aktiven Mitarbeit Deutschlands an der militärischen Verfolgung der Kurden durch die Türkei, werden seit den 80er Jahren politisch aktive türkische und kurdische MigrantInnen in Deutschland zunehmend kriminalisiert und verfolgt:

Mit dem Militärputsch 1980 in der Türkei nahm auch in der BRD die Repression gegen türkische und kurdische Linke stetig zu: Es kam 1983 zum Verbot der türkischen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), zahlreiche türkische/kurdische Linke wurden in die Türkei abgeschoben und Ende der 80er Jahre kommt es zu den ersten großen Verfahren gegen die PKK. So werden bereits im Januar 1987 die ersten Ermittlungsverfahren nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen die PKK eröffnet und im Oktober ‚89 beginnt in Düsseldorf der bislang größte „Terror"-Prozess gegen PKK AnhängerInnen.

Durch die Veröffentlichung der illegalen Waffenlieferungen und des Einsatzes der aus Deutschland gelieferten Waffen gegen die kurdische Bevölkerung, wächst auch in der BRD der Widerstand und es kommt zu zahlreichen Protestaktionen gegen die Komplizenschaft Deutschlands mit dem türkischen Staat. Bereits zu diesem Zeitpunkt wird auch für eine friedliche Lösung des Kurdistan Konfliktes ein-



gestanden. Im Mai 1993 kommt es dann zur ersten kurdischen Großdemonstration für die friedliche Lösung des Konfliktes – es nehmen bis zu 100 000 Menschen daran teil.

Am 26. November verfügt der damalige Bundesinnenminister Kanther das Verbot der PKK und der Nationalen Befreiungsfront (ERNK), sowie die Auflösung des Berxwedan Verlags GmbH, der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-Ha, der „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik e.V. (FEYKA Kurdistan)" sowie von 29 örtlichen kurdischen Vereinen und des „Kurdistan-Komitees e.V." in Köln.



In der Verbotsbegründung heißt es: „Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. (...) Diese Aktivitäten schädigen bereits heute Deutschlands Ansehen in der Türkei und die bilateralen Beziehungen erheblich." (...) „Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben."

Diese Aussage sollte für die nächsten Jahre – und bis heute – maßgeblich für die Verfolgung von kurdischen AktivistInnen und Strukturen sein. Zwar sollten einige Verbote in der Folgezeit wieder aufgehoben werden, die meist aber mit einem abermaligem Verbot der betreffenden oder anderer Strukturen beantwortet werden. Als Begründung wird der „Verdacht auf verbotene Propagandatätigkeit zu Gunsten der PKK" genannt.

In den nächsten Jahren kommt es auf Grund der Verbote zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, Festnahmen und schließlich zu Ermittlungsverfahren nach §129 oder §129a, sowie zu Verurteilungen nach den Vereinsgesetzen. Doch auch der Protest gegen die zunehmende Kriminalisierung nimmt zu und es kommt in den folgenden Jahren zu kurdischen Großdemonstration mit bis zu 100 000 TeilnehmerInnen. Die Demonstrationen werden, sofern sie nicht verboten werden, seitens der Polizei angegriffen und TeilnehmerInnen – teilweise mit Hilfe der §§129 – kriminalisiert.

Gegen Demonstrationen und Hungerstreiks wird – sofern sie erlaubt oder nicht sowieso präventiv verhindert wurden – mit äußerster Brutalität seitens der Polizei vorgegangen. Bei einem dieser Polizeieinsätze stirbt die Kurdin Gülnaz Baghistani.

Während dieser Zeit signalisiert die PKK ihre Verhandlungsbereitschaft mehrmals durch einseitige Waffenstillstände, die meist nicht beantwortet werden. Vereinzelt wird von verschiedenen Regierungen der Waffenstillstand befürwortet und an die Türkei eine Empfehlung ausgeschrieben diesen doch anzunehmen. Konsequenzen folgen keine – weder von der Türkei, noch von anderen Ländern. So werden auch zukünftig Demonstrationen in der BRD verboten oder angegriffen und es kommt zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen KurdInnen und der Polizei. Dabei wird seitens der Regierung Stimmung gegen die KurdInnen gemacht, in dem von „kurdischen Mordkommandos" gesprochen wird. Diese geschürte Stimmung soll auch gleich für eine Verschärfung der Strafgesetze und der Abschiebegesetze gegen kurdische „Straftäter und Verdächtige" genutzt werden.
Dementis des PKK Vorsitzenden Öcalans, der beteuert, dass es keine „kurdischen Mordkommandos" gibt, werden dabei in der Öffentlichkeit erst gar nicht wahrgenommen. Öcalan ruft dazu auf, dass die PKK-Anhänger „die Rechtsordnung ihrer demokratischen Gastländer zu befolgen" haben.

Die Repression reißt dennoch nicht ab und es kommt weiterhin zu Großrazzien und weiteren Verfahren nach §129 und §129a gegen kurdische AktivistInnen und Vereine.

Die Politik der kurdischen Vereine, wie auch der PKK, zielt in den nächsten Jahren auf die Aufhebung des PKK-Verbots. Dies gipfelt in der Erklärung Öcalans im August ‚97 für einen bedingungslosen Gewaltverzichts der PKK für die BRD. In Folge dessen wird seit Januar 1998 die PKK in der BRD nicht mehr als ter-





roristische, sondern als kriminelle Vereinigung verfolgt.

Die Gewaltverzichtserklärung ebnet auch einem Kompromiss in den zahlreichen PKK-Prozessen in der BRD den Weg: So sollen die Angeklagten zugeben, dass sie Verantwortung in der PKK hatten, um dafür den Vorwurf der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung „erlassen" zu bekommen. Einige KurdInnen gehen auf diese Angebot ein. Gleichzeitig enden die noch laufenden Prozesse, in denen nicht auf diesen Kompromiss eingegangen wird, mit hohen Haftstrafen.

Nach seiner Verschleppung in die Türkei im Februar 99 ruft Öcalan wenige Monate danach zur Beendigung des bewaffneten Kampfes auf, was kurz darauf von der PKK und der ARGK beschlossen wird. Im Januar 2000 wird auf dem 7. PKK Parteikongress der „demokratisch-politische Kampf als grundlegende Auseinandersetzungsform der neuen Parteistrategie" beschlossen. So wird im Februar auch die daraus logische Konsequenz gezogen jegliche Aktivität in der BRD unter dem Namen PKK einzustellen.

Doch die Repression reißt nicht ab. Hausdruchsuchungen und Verhaftungen bestimmen weiterhin den politischen Alltag vieler KurdInnen und insbesondere die Verbreitung der Erklärungen von Öcalan werden verfolgt und kriminalisiert. So kommt es zwischen Oktober 1999 und 2000 zu 11 Verhaftungen, 71 Festnahmen, 175 Razzien in Vereinen und Wohnungen, kurdische AktivistInnen werden zu einer Gesamthaftstrafe von 59 Jahre u. 9 Monate verurteilt und es gibt 45 kurdische polititische Gefangene in Deutschland.



Zu der Zeit wird eine Selbstanzeige Kampagne „Auch ich bin PKKler/in" lanciert, die von etwa 120 000 KurdInnen unterstützt wird. Allein in der BRD unterzeichnen 40 000 Menschen. Als Reaktion auf die Kampagne kommt es zu zahlreichen Prozessen, die meist mit Geldstrafen endeten.

Dazu werden die Bemühungen seitens der KurdInnen für eine demokratisch-politische Lösung verstärkt. So werden Roadmaps für eine friedliche Lösung des Konflikts veröffentlicht, die aber von der türkischen Regierung nicht beachtet werden.
Die Repression zieht sich dabei bis heute wie ein Roter Faden durch die Zeit: kurdische Vereine werden durchsucht, es werden Personen festgenommen, verurteilt und in den Knast gesperrt.



Auf der staatlichen Ebene kommt es im März 2003 zum Abkommen zwischen der „Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Türkei über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität". Dieses Abkommen ist bis heute die Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit der Repressionsbehörden und Grundlage der Kriminalisierung der kurdischen AktivistInnen. Aufbauend auf diesem Abkommen kommt es in den nächsten Jahren zu zahlreichen Zusammenarbeiten in der Bekämpfung der türkischen/kurdischen Linken. In den nächsten Jahren wurde dieses Abkommen auch immer weiter ausgebaut: Im Juni 2010 wurde bekannt, dass der Rat der Europäischen Union gemeinsame Maßnahmen gegen die PKK plant und umsetzen wird. In diesem Kontext muss auch der Besuch des deutschen Innenminister De Maizière in der Türkei gesehen werden. Ihm wurde ein ausführliches Dossier über Aktivitäten der PKK in der Türkei und in Europa übergeben, dass als Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK dienen soll.

Keine zwei Wochen danach kam es zu Vereinsdurchsuchungen in Berlin und Hannover.



ÊDÎ BES E!

ES REICHT!



AZADÎ JI BO CIWANEN KURD!

FREIHEIT FÜR DIE KURDISCHEN JUGENDLICHEN!



Frieden bedeutet nicht kapitulieren, sich unterwerfen, sich auflösen lassen oder Unrecht als gegeben hinnehmen!

Während in der Türkei die kurdische Bevölkerung aufgrund einer innenpolitisch herrschaftsstützenden rassistischen Ideologie und den Interessen der türkischen Regierung an den rohstoffreichen kurdischen Gebieten verfolgt wird, werden KurdInnen und Kurden in Deutschland aufgrund des außenpolitisch ökonomischen und geostrategischen Interesses das Deutschland in der Türkei – und ebenso gemeinsam mit der Türkei – verfolgt, kriminalisiert, verurteilt und abgeschoben.

Die Verhaftungen der kurdischen Jugendlichen stehen in direktem Zusammenhang zu diesen Interessen Deutschlands in der Türkei. An ihnen soll der gesamten kurdischen Linken einmal mehr deutlich gemacht werden, dass jegliche Aktivität observiert und verfolgt wird. Es soll eine Stimmung der Angst und Unsicherheit erzeugt werden, es soll deutlich gemacht werden dass weder die kurdische Linke noch ihre Familien und Freunde in Deutschland in Ruhe gelassen werden.

In diesem Vorgehen zeigt sich deutlich die Fratze des kapitalistischen Systems, in dem Menschenleben nichts zählen und der Profit alles.

Es ist klar, dass dieses Handeln im Kapitalismus nicht skandalös, sondern nur die konsequente Ausführung des kapitalistischen Zwangs nach Expansion und dem damit verbundenen Streben nach Profit sowie der Erschließung neuer Absatzmärkte für die Produktion ist.

Eine konsequente Politik, die für ein Ende der Verfolgung der kurdischen Bevölkerung einsteht, kann und muss demnach eine revolutionäre antikapitalistische sein.

Es gilt die Angriffe öffentlich zu machen, Solidarität und Selbstschutz zu organisieren und die kurdischen Strukturen und GenossInnen in ihrem Kampf für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu unterstützen.

Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Gegen die Verfolgung des kurdischen Widerstandes hier und überall!
Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!
Freiheit für Kurdistan!



Quellen:
* Fikret Arslan, Kemal Bozay u.a. - Graue Wölfe heulen wieder (Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD)
* Gazi Caglar - Die Türkei zwischen Orient und Okzident
* Kurdistan Informationsbüro - Zeugen nicht erwünscht
* Medico International Report 22 - Desmond Fernandes, Ronald Ofteringer - Verfolgung, Krieg und Zerstörung der ethnischen Identität: Genozid an den Kurden in der Türkei?
* AHK - Deutsch-türkische-Industrie und Handelskammer - Deutsche Firmen in der Türkei

weitere informationen:

Bücher und Broschüren

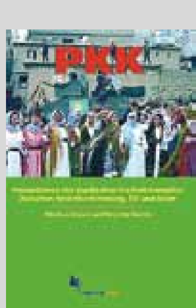
15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz
Broschüre von AZADÎ und YEK-KOM



In der Broschüre wird die ganze Bandbreite der Repression gegen KurdInnen Jahr für Jahr seit dem Verbot der PKK 1993 aufgelistet.

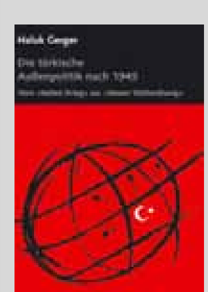
Die Broschüre kann kostenlos gegen Porto (1,45 Euro) oder gerne auch eine Spende bezogen werden bei: AZADÎ e.V., Graf-Adolf-Str. 70A, 40210 Düsseldorf oder über E-Mail: azadi@t-online.de

Nikolaus Brauns/ Brigitte Kiechle:
PKK - Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes
Schmetterling Verlag, ISBN 3-89657-564-3, 26,80 EUR



In dem Buch wird auf die politische und programmatische Entwicklung der PKK von den 70ern bis heute eingegangen, sowie auf die Bedeutung der Selbstorganisation und der Frauenbewegung in Kurdistan. Darüber hinaus gehen die Autoren auf die globalstrategischen Interessen ein, die einer Lösung des Konfliktes entgegenstehen.

Haluk Gerger:
Die türkische Außenpolitik nach 1945.
Neuer ISP Verlag, ISBN-13: 978-3-89900-018-4



Das Buch behandelt die türkische Außenpolitik in Zusammenhang mit den strategischen Interessen der USA und der europäischen Mächte seit dem »Kalten Krieg« bis zur »Neuen Weltordnung«. Dabei geht Gerger auch auf die wichtige militärische Funktion ein, die die Türkei für die NATO - nicht nur - aufgrund ihrer geographischen Lage hat.

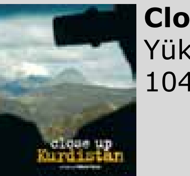
Anja Flach:
Frauen in der kurdischen Guerilla
Papyrossa, ISBN-13: 978-3894383770, 16 Euro

Fikret Aslan, Kemal Bozay u.a.:
Graue Wölfe heulen
Unrast-Verlag, ISBN: 3-89771-004-8

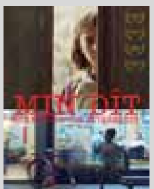
Ismail Besikci:
Kurdistan. Internationale Kolonie
Neuer ISP Verlag, ISBN-13: 978-3883321882

Informationsbüro Kurdistan:
Zeugen nicht erwünscht
Agri Verlag

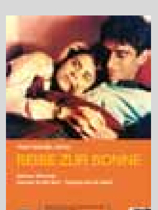
Filme



Close Up Kurdistan
Yüksel Yavuz
104 Min.



Min Dít
Miraz Bezar
102 Minuten



Reise zur Sonne
Yesim Ustaoglu
104 Min

Webseiten

Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin
http://kurdistan.blogsport.de/

Azadí – Rechtshilfefond für Kurdinnen und Kurden in Deutschland
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/

ISKU - Informationsstelle Kurdistan
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

Kurdistan Report
http://www.nadir.org/nadir/periodika/kurdistan_report/


network
www.political-prisoners.net
www.gefangenen.info